



Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken

Sicherheit braucht starke zivile Friedensfähigkeiten

Die Bundesregierung wird voraussichtlich in wenigen Wochen die erste Nationale Sicherheitsstrategie verabschieden. Diese Sicherheitsstrategie darf nicht einseitig militärische Sicherheit stärken. Ein Aufrüstungskurs zu Lasten ziviler Friedensfähigkeiten wäre der falsche Weg.

Kriege und gewaltsame Konflikte werfen die Weltgemeinschaft in ihren Bemühungen weit zurück, die 2015 beschlossenen globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Aktuell sind mehr Menschen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, mehr als je zuvor.

Eine Sicherheitsstrategie muss die Sicherheit aller Menschen in den Mittelpunkt stellen, sie darf den Frieden nicht aus dem Blick verlieren. Denn eine friedlichere Welt – das erleben wir gerade allzu deutlich – ist in unserem dringenden Interesse. Dem muss die Nationale Sicherheitsstrategie folgen und zivile Friedensfähigkeiten stärken.

Für die folgenden Jahre plant die Bundesregierung laut mittelfristiger Finanzplanung massive Kürzungen bei Prävention, Diplomatie und Friedensförderung. Dabei sind diese Instrumente unverzichtbar, um Konflikte ohne Gewalt zu bearbeiten, militärischen Eskalationen frühzeitig entgegenzuwirken und Frieden nachhaltig zu sichern.

Die Bundesregierung muss sich mit der Nationalen Sicherheitsstrategie zum Ausbau von ziviler Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung verpflichten.

Konkret fordern wir:

I. Zivilgesellschaften als Friedensakteure stärken

Deutschland verfügt über bewährte, international anerkannte Instrumente zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, für Demokratisierung und zur Unterstützung lokaler Friedensorganisationen.

Im Zivilen Friedensdienst arbeiten beispielsweise mehr als 300 Friedensfachkräfte in 43 Ländern mit Menschen vor Ort für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Das Förderprogramm zivile Konfliktbearbeitung (zivilik) unterstützt weltweit zivile Akteure dabei, Krisen vorzubeugen, Konflikte zu überwinden und friedliche gesellschaftliche und politische Systeme zu schaffen. Diese Programme müssen angesichts der aktuellen Herausforderungen dringend ausgebaut werden!

II. Mehr Perspektiven für Menschen in Konfliktregionen schaffen

Wo Schulen und Krankenhäuser zerstört sind, die lokale Wirtschaft brachliegt und die soziale Infrastruktur geschwächt ist, haben Menschen keine Perspektive. Sie können sich nicht an Wiederaufbau und Frieden beteiligen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt in vielen betroffenen Regionen einen am Frieden orientierten Wiederaufbau der Infrastruktur, der Ernährungssicherung und des sozialen Zusammenhalts. Dabei setzt sie auf Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen. Dieses Engagement muss fortgesetzt und verstärkt werden!

III. Zivile Friedensmissionen und Vermittlung voranbringen

Die Vereinten Nationen und regionale Organisationen wie die OSZE sind zentrale Foren für Dialog und unverzichtbare Akteure der Friedenssicherung. Deutschland sollte ihre Handlungsfähigkeit stärken.

Darüber hinaus müssen die finanziellen Beiträge, etwa für das Zentrum für internationale Friedenseinsätze und das Europäische Kompetenzzentrum Ziviles Krisenmanagement, erhöht werden. Die Bundesregierung sollte außerdem die eigenen Kapazitäten für Friedensmediation und zur Beteiligung an zivilen Friedensmissionen ausbauen.

www.frieden-stark-machen.de



AWC Deutschland e.V., Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee,
Evangelischer Kirchenkreis Jülich, Evangelischer Kirchenkreis Köln-Mitte, Evangelische Akademie Baden,
Evangelische Kirchengemeinde Essen-Bergerhausen,

Evangelische Kirchengemeinde Martha Berlin, Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden, Friedensbüro Hannover, Friedensfestival Berlin e.V.,
Friedensinitiative Hersfeld-Rotenburg, Friedensregion Bodensee e.V., Friedenszentrum Braunschweig, gewaltfrei handeln e.V., Internationale Gemeinschaft
der Arche, IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, LAG Christinnen und Christen Bündnis 90/Die Grünen
Baden-Württemberg, LAG Christ*innen DIE LINKE. Bayern, Martin-Niemöller-Stiftung, missio München, Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.,
Netzwerk Friedenssteuer, Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen, Ökumenische Initiative Eine Welt, Ökumene Netzwerk im Nachhaltigkeitsprozess Treptow,
Ökumenischer Friedenskreis Köln-Pesch, Ökumenisches Netz in Deutschland, refo Konvent Berlin-Moabit, Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) e.V.,
Solidarische Kirche im Rheinland, Stiftung Friedensarbeit in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden